



LR **Waltraud Deeg** erklärt,
warum sie AFI-Direktor
Stefan Perini für „keinen
überparteilichen europäischen
Fachmann“ hält.

SEITE 2

„Kein großer Fachmann“





„Den Blick weiten“

LR Waltraud Deeg erklärt, warum sie sich in die **Wobi-Anhörung des Landtags** eingemischt hat – und AFI-Direktor **Stefan Perini** „kein überparteilicher europäischer Fachmann“ ist.



„Dass ich Namensvorschläge deponiert habe, empfinde ich als eine Aufgabe in meiner Funktion als demokratisch gewähltes Mitglied des Südtiroler Landtages.“

Waltraud Deeg

Landesrätin Waltraud Deeg:
„Verstehe die Aufregung nur bedingt“

von Matthias Kofler

Die Opposition spricht von einem „unerhörten Vorgang“: Wie berichtet, hat Landesrätin Waltraud Deeg der 4. Gesetzgebungskommission Namen von ExpertInnen vorgeschlagen, die sie bei der Wobi-Reform anhören sollte. Gegen einige der von der Opposition vorgebrachten Vorschläge hat die SVP-Politikerin hingegen eine Art Veto eingelegt, was die Abgeordneten als Einmischung empfinden. „Ich verstehe die Aufregung nur bedingt“, wehrt sich Waltraud Deeg gegen die Vorwürfe.

Tageszeitung: *Frau Landesrätin, warum haben Sie sich in die Anhörung des Gesetzgebungsausschusses eingemischt?*

Waltraud Deeg: Mein Vorschlag an den zuständigen Gesetzgebungsausschuss war, dass in der Anhörung überparteiliche Fachexpertinnen und -experten zum Thema „Leistbares Wohnen“ zu Wort kommen, um eine zusätzliche Expertise sowie den Blick auf europäische Entwicklungen in die Diskussion mit reinzuholen. Wir wollen in die Zukunft denken und gute Modelle weiterentwickeln sowie neue einführen. Dazu stehe ich, seit ich die Kompetenz im Jänner 2019 übernommen habe, im Austausch mit vielen Fachexperten in unserem

Land und mit Fachleuten von europäischen Best-Practice-Modellen. **Sie befürchten, dass die Anhörung die Wobi-Reform verzögern könnte?**

Ich finde es gut, dass auch der Gesetzgebungsausschuss sich intensiver mit dem Thema auseinandersetzt. Wir haben dazu in der Vergangenheit auch bereits mehrere Treffen auch mit Vertretungen des Wobi und der zuständigen Wohnbauabteilung organisiert, um Informationen –auch aufgrund europaweiter Diskussionen und Entwicklungen – weiterzugeben und darüber zu informieren. Grundsätzlich befürworte ich daher die Anhörung, wenngleich diese auch schon zu einem früheren Zeitpunkt hätte organisiert werden können, damit wir nun – nachdem der Gesetzentwurf im Ausschuss zur Behandlung kommt – mit dem Gesetzesvorhaben zügiger voran kommen und schneller in die Umsetzung gehen können.

Die Anhörung zu organisieren, liegt aber im Aufgabenbereich des Landtags ...

Es ist für mich klar, dass über ein Thema dieser Reichweite und Komplexität vorab diskutiert werden muss, um zu Entscheidungen zu gelangen. Dass schlussendlich die Ausschussmitglieder über Ablauf und Zusammensetzung der Anhörung entscheiden, steht außer Frage. Eine überparteiliche Diskussion mit Fachleuten kann dazu beitragen, gute und weitrei-

regelmäßig mit den zuständigen Fachabteilungen und externen, in- und ausländischen Expertinnen und Experten aus. Das Vorbringen von Vorschlägen meinerseits müsste somit in einer gelebten Demokratie mehr als legitim sein. Deshalb verstehe ich die Aufregung nur bedingt.

Warum sehen Sie AFI-Direktor Stefan Perini nicht als überparteilichen Experten?

Ich habe mir erlaubt, den Blick zu weiten. Deshalb habe ich dem Ausschuss europäische Fachexperten unter anderem aus Wien, Ulm und Hamburg vorgeschlagen. Die 3. Gesetzgebungskommission hat eine sehr gute Anhörung zum Thema „Digitalisierung“ organisiert. Damit dies auch beim Thema „Wobi-Reform“ der Fall sein kann, braucht es parteiunabhängige und europäische Fachexperten. Der AFI-Direktor ist weder überparteilich noch hat er eine spezifische Expertise. Das Thema des Leistbaren Wohnens ist eines, das dringend Lösungen braucht. Ich bin überzeugt davon, dass der Gesetzentwurf zum Öffentlichen und sozialen Wohnbau ein Schritt dazu ist. In diesem Sinne hoffe ich, dass es uns baldmöglichst gelingt den Gesetzentwurf voranzubringen, damit die Menschen in unserem Land von den diversen Maßnahmen profitieren können.